

Das progressive Bildungs-Chaos

Eine Streitschrift in 7 Punkten von W.Kühnel¹

Der Fortschritt im deutschen Bildungswesen kommt jetzt richtig in Schwung und ist nicht mehr aufzuhalten, wenn man progressiven (also fortschrittlichen) Parteipolitikern glauben mag. Jetzt endlich sehen wir in der Bildung die Möglichkeiten, zu mehr Gerechtigkeit zu kommen, verbunden mit mehr Qualität, mehr an Fähigkeiten und gleichzeitig mehr an solchen Kompetenzen, die von Personalchefs geschätzt werden. Und selbstverständlich gibt es dann mehr sozialen Aufstieg durch Bildung. Und alle werden mitgenommen durch das längere gemeinsame Lernen, egal wie sie sich verhalten. Das ist richtig progressiv. Ein warmer Hauch von Bildungssozialismus weht durch das Land, gestoppt nur noch von den rauen bayerischen Alpen.

Trotz des schon als "historisch" gelobten Kompromisses in NRW haben wir aber weiter das überkommene System des Föderalismus, wo jedes Bundesland ein eigenes Schulsystem hat, ein eigenes Schulgesetz und eigene Regeln für die Lehrerausbildung (und die Lehrerbesoldung), die dann auch noch in immer kürzeren Abständen reformiert werden, zumindest aber im Rhythmus der Landtagswahlen. Leistungskurse an Gymnasien wurden erst eingeführt und dann wieder abgeschafft. Studiengebühren an den Universitäten wurden erst eingeführt und dann alsbald wieder abgeschafft. So manches Bundesland hat das 13. Schuljahr ungefähr zur selben Zeit abgeschafft, in der ein anderes Bundesland das 13. Schuljahr eingeführt hat, weil es vorher nur 12 Schuljahre hatte. Von einem länderübergreifenden Zentralabitur wird viel geredet, aber gleichzeitig kündigte dieser Tage Brandenburg das gemeinsame Zentralabitur mit Berlin auf, weil man sich über die Standards nicht einigen konnte. Als wichtige Reform schickt man erst $5\frac{1}{2}$ -jährige Kinder in die Schule, dann wird das wieder abgeschafft usw. usw. Man könnte das eher einen Föderalismus-Wahn nennen. Unsere 16 Kultusministerien mit Tausenden von Mitarbeitern wachen mit diversen bürokratischen Maßnahmen über die Qualitätsentwicklung unserer Bildung, ergänzt durch die Aktivitäten des Bundesministeriums von Frau Schavan (jetzt: Frau Wanka) mit 900 Mitarbeitern, aber bei den Schulen ohne wirkliche Zuständigkeiten. Allein die Kultusministerkonferenz (KMK) hat, so konnte man lesen, 240 ständige Mitarbeiter. Durch die vielen – zum Teil gegenläufigen – Maßnahmen in immer kürzeren Abständen entsteht dann eine andere Art von Progressivität, und zwar in dem Sinne wie bei progressiver Verzinsung oder progressivem Wachstum. Das beschert uns zum Beispiel eine progressiv wachsende Zahl von ministeriellen Verordnungen, Prüfungsordnungen mit immer kürzeren Gültigkeitsdauern, immer mehr Übergangsregelungen und immer hektischere Reformen, die einander so zu überschlagen scheinen wie die Wellen am Strand. Typisch sind auch "Briefkopfreformen" mit neuen Überschriften. Es grassiert eine neue hochansteckende (wenngleich zum Glück nicht tödliche) Krankheit namens "Reformitis". In einer Zeit, in der der internationale Studentenaustausch propagiert wird, der angeblich durch die Einführung von Bachelor und Master sowie ECTS-Leistungspunkten

¹Prof. Wolfgang Kühnel, Fachbereich Mathematik, Universität Stuttgart

erleichtert wird, wird es immer schwieriger für Eltern mit schulpflichtigen Kindern, von einem Bundesland ins andere zu ziehen. **Europapolitik in den Sonntagsreden, Kleinstaaterei in der Realität.** Warum wohl ? Statt von Bildungslandschaft sprechen manche schon von Bildungsurwald. Und kein Herkules ist in Sicht, der den Urwald roden und in eine Kultur-Landschaft verwandeln könnte. Das geht offenbar nicht.

Man muss sich nur einmal die vielen Namen verschiedener Schultypen in 16 Bundesländern ansehen, um sofort zu wissen: Das könnte wohl einfacher und übersichtlicher sein. Da haben wir

Vorschulen, Schulkindergärten, Grundschulen, Förderstufen, Orientierungsstufen, Aufbau-
stufen, Mittelstufenzentren, Oberstufenzentren, Regelschulen, Mittelschulen, Mittelstufen-
schulen, Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, erweiterte Realschulen, koopera-
tive Realschulen, integrative Realschulen, Werkrealschulen, Stadtteilschulen, Sekundar-
schulen, integrierte Sekundarschulen, regionale Schulen, Gemeinschaftsschulen, kooperative
Gesamtschulen, integrierte Gesamtschulen, Gymnasien (G8), Gymnasien (G9), Oberschu-
len, Sonderschulen, Förderschulen, Berufsschulen, berufsbildende Förderschulen, technische
Oberschulen, technische Gymnasien, Berufsaufbauschulen, Fachschulen, Berufsfachschu-
len, höhere Berufsfachschulen, Berufsoberschulen, Fachgymnasien, berufliche Gymnasien,
Fachakademien, Berufsakademien, Berufsgymnasien, Kollegs, Berufskollegs,
und das ist gewiss noch nicht vollständig.

So bekommen wir ein **progressives Chaos im doppelten Sinne**: Progressive Politiker be-
scheren uns eine immer schnellere Reformspirale und gerade dadurch ein progressiv
wachsendes und durch den Föderalismus und die jeweiligen Folgen der Landtagswahl-
en sich ständig änderndes und als ganzes mehr und mehr undurchschaubares Chaos
von Gesetzen und Regeln im Schulwesen, und alles ohne klar erkennbare vernünftige
Grundprinzipien. Stattdessen trägt alles Zeichen eines parteipolitischen Geschachers.
Man kann die Eltern nur bedauern, die jetzt kleine Kinder haben. Bis die in den oberen
Schulklassen sind, wird das Chaos unvorstellbare Ausmaße angenommen haben. Der
jüngste Kompromiss in NRW ist zwar ein Hoffnungsschimmer und eine Art von Atem-
pause im Reform-Chaos, aber bislang nicht viel mehr. Ein Wechsel von einer Schule in
NRW in eine in Bayern wird zwar nicht weiter erschwert, aber auch nicht erleichtert.
Zudem sind die politischen Vorstellungen aus dem Koalitionsvertrag natürlich dadurch
nicht aufgehoben. Es wird gewiss weiter gebaggert. Eine grundlegende Änderung ist
leider nicht in Sicht. Nach 12 Jahren werden wir mal sehen, wie lange der Kompromiss
wirklich gehalten hat und ob andere Bundesländer gefolgt sind.

Folgende sieben politische Themenbereiche und Vorstellungen scheinen auf der pro-
gressiven Seite grundlegend zu sein:

1. Die Grundschule.

Es wird behauptet: Eine 6-jährige Grundschule statt der 4-jährigen bringt eine entscheidende Verbesserung unseres Bildungssystems.

Vergessen wird dabei leider, dass es seit über 60 Jahren im Land Berlin (West) und seit der Wende in ganz Berlin bereits die 6-jährige Grundschule gibt. Aber wo sind denn die jetzt angekündigten Verbesserungen in diesen 60 Jahren wirklich eingetreten ? Was ist da empirisch messbar ? Die PISA-Studie sowie innerdeutsche Vergleichsstudien haben nichts Positives zugunsten Berlins ergeben, auch nicht einen signifikanten Vorsprung vor dem vergleichbaren Stadtstaat Hamburg mit seiner bislang 4-jährigen Grundschule.

Seltsam ist doch folgendes: Alle progressiven Leute in politischen Parteien sowie in Lehrgewerkschaften wissen genau, dass die 6-jährige Grundschule der 4-jährigen vorzuziehen ist, aber keiner begründet es damit, dass sich das im Land Berlin in 60 Jahren so wunderbar bewährt hat. Dabei wäre das ein wirklich schlagendes Argument, und die konservativen oder reaktionären Kräfte müssten kapitulieren angesichts des großen Erfolges in Berlin. Gewiss produziert man in Berlin viele Abiturienten und wenige Hauptschulabsolventen, aber das scheint eher typisch für Großstädte zu sein im Unterschied zu ländlichen Gegenden. Gleichzeitig hat man halt auch viele funktionale Analphabeten, wovon die meisten diese 6-jährige Grundschule durchlaufen haben.

2. Der Elternwille.

Der Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen (wie immer sie heißen mögen) soll gemäß den jetzigen Koalitionsverträgen in NRW und in BW künftig nicht mehr von einer leistungsabhängigen und verbindlichen Schulempfehlung, sondern in letzter Instanz ausschließlich vom Elternwillen abhängen.

Man geht optimistisch davon aus, dass die Eltern für ihre Kinder die jeweils passende Bildung bzw. Berufsausbildung finden und die Situation zutreffend einschätzen. Wie wird das aber praktisch laufen ? Der Elternwille kann sich bekanntlich positiv oder negativ auswirken. Eigentlich will man ja Gerechtigkeit schaffen, die *unabhängig* vom Elternhaus ist. Die progressiven Kräfte meinen nämlich, wir haben zu viele Kinder von Bildungsbürgern auf den Gymnasien im Vergleich zu den anderen. Die erreichten Schulabschlüsse hängen somit von der sozialen Schicht ab. Und umgekehrt heißt es, dass per definitionem die soziale Schichtung stark von den Schulabschlüssen abhängt und nicht nur vom Einkommen. Aber bekanntlich kann man sich in dieser Gesellschaft für Bildung nichts kaufen. Die Jugend in den unteren Schichten träumt wohl eher von einer Karriere als Fußballer, Schlagersänger, Rockmusiker, Fernseh-Entertainer etc. als von einer Karriere, die auf Bildung basiert, etwa Abitur - Studium - Promotion - Postdoc-Stipendium - befristete Prekariats-Beschäftigungen bis zum 40. Lebens-

jahr - befristete W2-Professur an einem weit entfernten Ort mit der Aussicht auf Entfristung in Abhängigkeit von bürokratisch reglementierten Evaluierungen nach sich ständig ändernden Spielregeln.

Was wird also geschehen, wenn die Eltern mehr über die Bildung ihrer Kinder bestimmen dürfen ? Mit ihrem freien Elternwillen werden die gebildeten oder bildungsorientierten Eltern ihre Kinder erst recht vorzugsweise oder gar ausschließlich aufs Gymnasium schicken, die ungebildeten oder bildungsfernen aber viel weniger.² Auch einer etwaigen Beratung werden die bildungsfernen Eltern möglicherweise einfach fernbleiben. Manche sind auch desinteressiert oder behandeln ihre Kinder schlecht, woran sie in dieser Gesellschaft nicht gehindert werden (Ausnahme: schwerste Kriminalität gegen Kinder). So wird dann genau das noch zementiert und vertieft, was man eigentlich abschaffen will, nämlich die soziale Ungerechtigkeit bei der höheren Bildung in unserem Lande. Entsteht die Ungerechtigkeit nicht zu einem gewissen Teil gerade durch den Elternwillen ? Müsste man nicht logischerweise den Elternwillen teilweise brechen, um für die Kinder Gerechtigkeit herzustellen ? Das provoziert eher zynische Kommentare. Wie wäre es mit folgendem Elternwillen:

Unser Sohn soll mal unsere Gaststätte übernehmen. Da soll er eine passende Ausbildung machen, aber eine höhere Schule ist dafür doch völlig überflüssig und eher schädlich.

Es gibt sicher eine gewisse Abneigung des Volkes gegenüber allzu vielen "spinnernten Theoretikern". Was ist da gerecht und was nicht ? Was wäre im Extremfall von folgendem zu halten:

Also unsere Tochter wird gemäß der Sitte unseres Heimatlandes mit 15 oder 16 als Jungfrau verheiratet und bekommt im Jahr darauf ihr erstes Kind. Wozu soll sie denn auf eine höhere Schule ? Das kommt nicht in Frage. Dort wird sie nur verdorben und von ihrem Gehorsam gegenüber den familiären Autoritäten und den Traditionen der Familienehre abgebracht. Das bringt Schande über uns.

Oder wie soll man sich die Wirkung des Elternwillens bei jenen Kindern vorstellen, die in Sekten aufwachsen müssen, weil ihre Eltern einer Sekte angehören ? Dabei genügt es meist, dass die Mutter der Sekte angehört, denn im Streitfall bekommt sie von den Gerichten das Sorgerecht zugesprochen.

Dagegen führt der Elternwille die Kinder von Ärzten und Rechtsanwälten selbstverständlich aufs Gymnasium (auch bei geringer Eignung), weil sie ja nur mit Abitur wieder Ärzte bzw. Rechtsanwälte werden können. Also gehört dort gewissermaßen das Abitur zur Familienehre, und ein Scheitern in diesem Punkte würde als Schande empfunden.

²Genau dies wurde in wissenschaftlichen Studien nachgewiesen:
<http://bildungsklick.de/a/79714/elternwille-verstaerkt-soziale-unterschiede/>

Wie soll wohl durch mehr Berücksichtigung des bildungsabhängigen Elternwillens mehr (ausgleichende) Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder entstehen ?

3. Die Gemeinschaftsschule.

Dem heute so geschmähten dreigliedrigen Schulsystem lag einmal die Vorstellung zu Grunde, dass die Hauptschule vielleicht die Hälfte eines Jahrgangs aufnimmt (womit der Name gerechtfertigt wäre) oder vielleicht auch ungefähr je ein Drittel eines Jahrgangs in den drei Schularten unterrichtet wird.

Solange das funktionierte, war es zumindest so etwas wie ein Stabilitätsfaktor in der Gesellschaft (etwa so wie manches konservative Land im Nahen Osten dort als Stabilitätsfaktor gilt und Reformen eher gefürchtet als herbeigesehnt werden), und man sprach nicht von Ungerechtigkeit, sondern von unterschiedlicher Leistung und Neigung und auch von unterschiedlichen Zielsetzungen der drei Schularten. In Berlin (West) hießen diese Schularten lange Zeit "Oberschule praktischen, technischen und wissenschaftlichen Zweiges". Diese Bezeichnungen erklären sich selbst, z.B. sollte die Realschule als technischer Zweig in eine Techniker-Ausbildung, vielleicht mit anschließender Ingenieurschule (der Abschluss hieß damals "graduierter Ingenieur" bzw. "Ing. (grad.)") oder Fachhochschule münden und auf diese Weise durchaus einen gewissen Bildungsaufstieg bewirken können. Die Hauptschule bereitete typischerweise auf handwerkliche Berufe vor, die ja gar nicht am unteren Ende der sozialen Skala stehen, sondern angesehen und notwendig sind und keineswegs zur Abschaffung anstehen. Das Gymnasium hatte demgegenüber so etwas wie einen wissenschaftlichen Anspruch bzw. den Anspruch, zur Wissenschaft oder zu einem wissenschaftlichen Studium hinzuführen. Es liegt doch auf der Hand, dass das nicht für 90 % eines Jahrgangs die richtige Perspektive ist. Dafür stellt die wirkliche Wissenschaft viel zu hohe Ansprüche. Und ein Volk nur von Wissenschaftlern können wir ja wohl ohnehin nicht werden. Auch das Handwerk stellt heutzutage oft höhere Ansprüche als früher, schon wegen des Vordringens der Elektronik. Warum kann man da nicht einfach die Hauptschule und die Realschule verlängern auf z.B. insgesamt 12 Schuljahre ? Dann hätte man eine bessere Bildung für alle, ohne das Gymnasium in seinem eigentlichen Sinn praktisch aufgeben zu müssen.

Unter der Überschrift "*Bessere Bildung für alle*" soll es stattdessen den "*Bildungsaufbruch*" im Land BW geben, bei dem die "*bildungspolitischen Ziele ... in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10*" erreicht werden. "*Längeres gemeinsames Lernen macht unser Bildungssystem gerechter und leistungsstärker*", so steht es im Koalitionsvertrag in NRW. Gerechter im Sinne von Gleichheit wird es dadurch vielleicht schon zugehen (das ist die Idee des Bildungssozialismus), aber die Wahrheit des Wörtchens "und" darf dabei wohl angezweifelt werden. Eine Begründung fehlt, sie wird durch den Glauben daran ersetzt. Diese Gemeinschaftsschule soll dann grundsätzlich "*gymnasialen Standards*" mit einschließen,

was aber gymnasiale Standards dann noch sind, darüber wird geschwiegen. Die Gemeinschaftsschulen in BW unterrichten bis auf weiteres erstmal nach den Lehrplänen der Realschule. Es pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass die gymnasialen Bildungs-Standards auch an den Gymnasien vielfach nur auf dem Papier stehen und de facto nicht mehr gelten, nur die progressiven Parteipolitiker wollen solche unangenehmen Wahrheiten nicht zur Kenntnis nehmen. Gestandene Gymnasiallehrer geben das gelegentlich offen (aber nie öffentlich) zu, etwa wie folgt: *Es ist doch klar: Wenn man 50–70 % eines Jahrgangs auf die Gymnasien schickt, dann muss das Niveau gegenüber früheren Jahrzehnten einfach sinken, ist doch logisch.* Eines Tages könnte ein mittelmäßiges Abitur etwa einem ordentlichen Realschulabschluss vor 50 Jahren entsprechen. Wie nennt der Volksmund sowas ? Etikettenschwindel. Oder sollten Gerüchte zutreffen, die durchschnittliche Intelligenz der deutschen Bevölkerung nimmt inzwischen wieder ab, nachdem sie lange Zeit gestiegen war ? Was haben eigentlich in 60 Jahren die Kultusministerien gegen den unsäglichen Strebervorwurf an den Schulen getan, der nahezu jeden trifft, der in gewissen Fächern gute Leistungen zeigt ? Die Antwort ist einsilbig: Nichts. Und mehr und mehr Abiturienten strömen an die Hochschulen, um Ingenieur zu werden, können aber keine Bruchrechnung (obwohl die natürlich irgendwo im Lehrplan steht, auch an Hauptschule und Realschule). Und alles wird von progressiven Leuten in Ministerien und landeseigenen Bildungs- und Curriculumsentwicklungs-Instituten schönegeredet. Man hätte ja jetzt stattdessen die Medienkompetenz, die es früher nicht gab. Aber solche Dinge wie angewandte Mathematik für Ingenieure kann man nicht aus Medienkompetenz zaubern, sondern ohne solche Regeln wie die der Bruchrechnung geht es nicht.

4. Die Ganztagschule.

Es heißt, dass die Ganztagschule einen großen Fortschritt bei der Bildung generell bewirken wird. Man verweist auf Ganztagschulen in anderen Ländern. Ob aber dieselben Leute auch gewisse Randbedingungen aus den anderen Ländern mit übernehmen wollen ?

Der Koalitionsvertrag in NRW spricht dabei von einer *“individuellen Förderung”*, von einer *“neuen Kultur des Lernens”*, von *“Rhythmisierung des Unterrichts”* und merkt an: *“Ein gelingender Ganztag stellt hohe Qualitätsanforderungen.”* Damit soll offenbar suggeriert werden, dass diese Stichworte *“individuelle Förderung, Kultur, Rhythmisierung, Qualität”* von einer Halbtagsschule grundsätzlich nicht erfüllt werden können. Das ist nicht viel mehr als ein rhetorischer Trick, der an Waschmittel-Reklame erinnert (*“wäscht jetzt noch weißer“*).

Ganz simpel formuliert: Eine Halbtagsschule mit Klassen von 18–20 oder weniger Schülern könnte vielleicht mehr Bildung bewirken als eine Ganztagschule mit Klassen von 25–30 oder mehr Schülern (die dennoch prinzipiell mehr Lehrer benötigt). Die einfachste Schulreform (ohne neue Gesetze) in Zeiten sinkender

Schülerzahlen wäre eine deutliche Absenkung der Klassenfrequenzen, verbunden mit einer maßvollen Absenkung der von den einzelnen Lehrern wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden, schon wegen der individuellen Förderung. Dann bräuchte man auch keine Schulen zu schließen, nur weil es weniger Schüler gibt. Man hätte einfach genau so viele Klassen wie vorher, nur halt kleinere. Davon spricht aber niemand von den progressiven Politikern, auch kein Koalitionsvertrag, außer ein paar vagen und damit unverbindlichen Andeutungen. In 60 Jahren Bundesrepublik ist in dieser Richtung wenig geschehen (die zu leistenden Stunden der Lehrer wurden in der Vergangenheit eher noch erhöht). Im Bildungsbericht Berlin-Brandenburg 2010 berichten die beiden progressiven Landesregierungen auf Seite 14 unten, dass die Zahl der (vollzeitäquivalenten) Lehrer von 2008/09 auf 2009/10 um 0,9 % (Berlin) bzw. 5,1 % (Brandenburg) gesunken sei, die der Schüler aber nur um 0,7 % bzw. 1,2 %. Was heißt das wohl im Klartext ? Nichts als schönreden. Oder hatte man vorher zu viele Lehrer ?

Nun ist gegen eine Ganztagschule gar nichts Grundsätzliches einzuwenden. Sie ist Realität in weiten Teilen der Welt. Aber man benötigt zumindest eine Versorgung mit einem Mittagessen, also eine große Küche, einen Speisesaal und auch Küchenpersonal. Dies ist in normalen Schulen nicht vorhanden, und oft fehlt es sogar am Platz dafür. Die Turnhalle zu einem Speisesaal umzubauen, scheitert gewiss an diversen Widerständen. Und wer soll das Küchenpersonal bezahlen in Zeiten, wo manche Kommunen ihre Schwimmbäder schließen, weil sie die Bademeister nicht mehr bezahlen können ?

Man darf auch mal über Nachteile der Ganztagschule sprechen. So mancher der heutigen mittleren und älteren Generation hätte eine solche eher als Strafe empfunden, wie ein permanentes Nachsitzen. Denn ein schulfreier Nachmittag gibt ja die Möglichkeit, das zu tun, was man selber will, und nicht das, was von irgend jemandem befohlen wird oder wo ein Gruppenzwang ausgeübt wird nach dem Motto, da müsse man selbstverständlich mitmachen. Die Schulbürokraten neigen bei der Einführung der Ganztagschule dazu, den Nachmittagsunterricht statt von ausgebildeten Lehrern lieber von ehrenamtlichen Amateur-Ausbildern von Sportvereinen erteilen zu lassen, denn das kommt billiger. Im Klartext heißt das vermutlich, dass nachmittags viel Fußball gespielt wird. Aber was hat das mit Bildung zu tun ? Bildungspolitiker preisen die Sozialkompetenz als großartige Wirkung des Sports generell. Gleichzeitig lesen wir in den Zeitungen (z.B. zwei volle Seiten dazu im Berliner Tagesspiegel vom 3.3.2013) über immer mehr Gewalt in Fußballstadien, auch gegen Spieler und Schiedsrichter. Einen Widerspruch dazwischen scheint niemand zu bemerken.

Offensichtliche Nachteile entstehen in der dunklen Jahreszeit, wenn die Schulkinder morgens im Dunkeln zur Schule gehen und nachmittags im Dunkeln nach Hause kommen. Schlittenfahren findet dann nur im Dunkeln statt, soll das so

sein ? Offensichtliche Nachteile entstehen auch bei hochsommerlichen Temperaturen, wenn die Sonne die unklimatisierten Räume unerträglich aufheizt. Vor einer gewissen Zahl von Jahren gab es noch gelegentlich hitzefrei, meist nach der 4. Stunde, also gegen 11:30 Uhr. Und nachmittags konnte jeder ins Schwimmbad gehen, man musste aber nicht. Bei der Ganztagschule ist solche Flexibilität fast undenkbar. Die juristischen Bürokraten werden da gewiss Hindernisse finden. Und nach Ganztags-Schulschluss ins Schwimmbad zu gehen, das wird vielleicht einfach zu spät, weil die Schwimmbäder dann schließen.

Offensichtliche Nachteile entstehen auch für jene Schüler, die aus religiösen Gründen einen Fastenmonat einhalten sollen (ab ca. 12 Jahren wird das vorgeschrieben; in den Jahren 2011-2015 liegt diese Zeit im Juni/Juli/August), bei dem ab Sonnenaufgang nichts gegessen und nichts getrunken (!) werden darf bis Sonnenuntergang. Bis mittags kann man das vielleicht durchhalten, aber dann den ganzen Nachmittag auch noch (mit Sport und rhythmisiertem Unterricht), während die anderen sich beim Mittagessen gestärkt haben und in der Sommerhitze ihre Wasser- oder Colaflaschen öffnen ? Ist das nicht eher eine Tortur und dem gemeinsamen Lernen gar nicht förderlich ? Das scheint ein Tabuthema zu sein. Im Berliner Tagesspiegel wurden Schulleiter zitiert, die einräumten, gelegentlich würden schon mal Schulkinder deshalb zusammenbrechen und dann ins Krankenhaus geschafft, wo man sie vermutlich an einen Tropf anschließt, um ihnen Flüssigkeit zuzuführen. Viel näherliegend wäre es, ihnen rechtzeitig ein Glas Wasser zu trinken zu geben, aber das traut man sich wohl nicht. Aber der islamische Religionsunterricht wird explizit erwähnt im Koalitionsvertrag BW als eine der großen progressiven Neuerungen.

Diese neue Verbindung von politischer Progressivität mit rückwärts gewandten (auf jeden Fall stark konservativen) religiösen Traditionen ist eine Absurdität eigener Art und eigentlich durch logisches Denken nicht mehr zu begreifen. Zur Zeit der sog. "Bildungskatastrophe" und der "Studentenbewegung" hätte man ganz anders darüber geurteilt. Da wären vermutlich auch religiöse Traditionen von den progressiven Leuten auf den Prüfstand gestellt, kritisch hinterfragt und ein bisschen gerupft worden, so wie gewisse andere gesellschaftliche Traditionen auch gerupft wurden und sich zum Teil in nichts auflösten (z.B. eine verkrampfte Sexualmoral). Um noch einen draufzusetzen: Es gibt Empfehlungen von offizieller islamischer Seite, man solle nach Möglichkeit im Fastenmonat am Nachmittag ruhen, zumal man in dieser Zeit immer erst so spät schlafen geht. Das klingt zwar ganz vernünftig, aber von der Ganztagschule wird dabei natürlich nicht gesprochen, das würde zu Widersprüchen führen. Was ist die Reaktion unserer Bildungsbürokraten ? Einfach schönreden. Man empfiehlt ausreichenden Schlaf.

5. Die Lehrerausbildung.

Zum Credo progressiver Politiker gehört standardmäßig, dass die bisherige Lehrer-

ausbildung schlecht ist und dass man mit Reformen in diesem Bereich (z.B. mehr Didaktik) viel erreichen kann.

Tatsache aber ist, dass in kaum einem anderen Bereich bereits in der jüngeren Vergangenheit so viel herumreformiert wurde wie bei der Lehrerausbildung. Im Lande NRW gab es 2009 ein neues Lehrerausbildungsgesetz, das die neue Koalition jetzt *“zügig und gezielt überarbeiten”* will, so steht es im Koalitionsvertrag, natürlich unter der salbungsvollen Überschrift *“Wir richten die Lehrerausbildung auf die Zukunft aus”*. Was hatten wohl die Vorgängerregierungen gemacht, z.B. in 40 Jahren SPD-Regierung ? Ist etwa primär Herr Rüttgers schuld an den Mängeln der Lehrerausbildung in NRW ? Und im Koalitionsvertrag in BW heißt es:

“Wir wollen die Lehrerausbildung auf die neue Lehr- und Lernkultur ausrichten und streben an, die schulartbezogene Ausbildung zugunsten des Stufenlehramts zu überwinden.”

Im Klartext heißt das, dass der Gymnasiallehrer als eigenständiger Repräsentant des Lehramts abgeschafft wird, vielleicht als Vorgriff auf eine spätere Abschaffung der Gymnasien überhaupt. Es soll dann auch die Einführung von Bachelor und Master im Lehramt geben, so hat sich die neue Landesregierung bereits geäußert. Alle Studiendekane an Baden-Württembergischen Hochschulen freuen sich schon auf den damit verbundenen bürokratischen Wust. Denn erst 2010 ist in BW eine neue Studien- und Prüfungsordnung für die Gymnasiallehrer in Kraft getreten, und zwar mit einem Staatsexamen statt Bachelor und Master. Auch das hatte Ministerialbeamte und Studiendekane viel beschäftigt. Das heißt im Klartext: Alle paar Jahre gibt es neue Regeln für die Lehrerausbildung, spätestens nach der nächsten Landtagswahl, verbunden mit einem hohen Umstellungs-Aufwand.

Ein Lehramtsstudent, der 2010 sein Studium begann und dann logischerweise im gesamten Studium nach den 2010 gültigen Regeln behandelt wird, wird frühestens 2016 als Lehrer tätig sein. In der Zwischenzeit gibt es bereits wieder zweimal ein neues Gesetz oder neue Prüfungsordnungen. Dadurch kann man niemals mehr feststellen, ob sich irgendwas davon nun bewährt hat oder aber nicht. Es wird auch niemanden von den Politikern mehr interessieren. Man wird *“nach vorne schauen”* und aufs neue reformieren. Nach dem Motto *“Reform ist immer gut”* glaubt man einfach, die jeweils neueren Regeln würden automatisch die besseren Lehrer produzieren. Aber niemand scheint kontrollieren zu wollen, ob das stimmt, schon weil in den neueren Regeln und Prüfungsordnungen die jeweils *“richtige”* Phraseologie eingebaut ist.

Eine Kostprobe dazu von 2010 in BW: Unter der Überschrift *“Kompetenzen”* wird für das 1. Staatsexamen (!) u.a. postuliert: *“Die Absolventen im Fach Naturwissenschaft und Technik verfügen über anschlussfähiges Fachwissen aus naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen, das ihnen ermöglicht, Unter-*

richtskonzepte fachlich korrekt zu gestalten, zu bewerten, neuere Entwicklungen zu verfolgen und diese adressatengerecht in den Unterricht einzubringen.“ Das ist doch ganz wunderbar, und alles schon vor dem Referendariat. Aber jetzt wird es gleich wieder reformiert, nur weil es eine neue Regierung gibt. Insider bezweifeln reale Verbesserungen allerdings schon für die Vergangenheit, denn Papier ist geduldig.

Die ständigen neuen Gesetze erscheinen vielen schon als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ministerialbürokraten, von denen man möglicherweise viel weniger wirklich braucht. Was etwa die 900 Mitarbeiter des Ministeriums von Frau Schavan (bzw. Frau Wanka) wirklich leisten, ist dem Volke wohl bislang nicht vermittelt worden. Zu vermuten ist, dass es dort – wie auch in den 16 Landeskultusministerien – ein Einsparpotential gibt. Man könnte eine Unternehmensberatung mit Sparvorschlägen beauftragen. Gegenläufig dazu ist gerade im Kultusministerium BW eine neue Stabsstelle “Schulentwicklung” eingerichtet worden. Diese wird vermutlich für eine weitere Beschleunigung der Reformspirale sorgen, schon um ihre Existenz zu rechtfertigen. Und überall benötigt man selbstverständlich Qualitäts-Entwicklungs-Bürokraten oder Qualitäts-Sicherungs-Bürokraten bzw. Qualitäts-Managements-Bürokraten.

6. Die “ungerechte” Lehrerbesoldung.

Plötzlich entdecken progressive Politiker, dass die Lehrer seit Gründung der Bundesrepublik unterschiedlich besoldet werden (Fachlehrer ohne Hochschulstudium nach A9/A10/A11, Grund- und Hauptschullehrer nach A12, Realschullehrer nach A13, Gymnasiallehrer nach A13/A14) und dass dies doch ungerecht sei.

Man suggeriert dabei, dass die jüngeren Kinder in diesem ungerechten System weniger Wert sind als die älteren, die niedrigen Schularten weniger als die höheren. Aber warum gibt es denn unterschiedliche Besoldungen im gesamten Staatsapparat, gerade auch in den Ministerien ? Dieselben Politiker sollten sich mal daran erinnern, woher dieser Unterschied kommt und ob sie den nicht selbst geschaffen und im Grundsatz auch vehement verteidigt haben. Er kommt schlicht von der unterschiedlichen Länge und dem unterschiedlichen Anspruch der Ausbildung. Es ist ein seit Adenauers Zeiten (auch in SPD-regierten Ländern) geheiligtes Prinzip, dass man mit einem 6- oder 7-semesterigen Studium (etwa Fachhochschul-Diplom, Pädagogische Hochschule, Bachelor) in den “gehobenen Dienst”, mit einem 9- oder 10-semesterigen Studium an Universitäten aber in den “höheren Dienst” kommt, sofern überhaupt im öffentlichen Dienst tätig.

Das galt auch für das Lieblingskind der SPD in NRW, nämlich die Gesamthochschule, die gleichzeitig auch ein gigantischer Bildungs-Flop war. Dort musste es auf Befehl der Landesregierung Kurzstudiengänge geben (internes Stichwort: DI-Diplom im Gegensatz zum DII-Diplom), deren Abschluss dann ebenfalls nur zur

Aufnahme in den gehobenen Dienst berechtigte. Und hatte man solche Kurzstudiengänge nicht geradezu als zukunftsweisend propagiert ?

Und hatte nicht gerade vor kurzem erst eine SPD-geführte Bundesregierung eine “progressive” und “zukunftsweisende” Besoldungsreform bei den Professoren durchgeführt mit dem erklärten Ziel, dass sie keineswegs gleich besoldet werden sollen, sondern dass es ein vergleichsweise niedriges Grundgehalt und dann ein ziemlich undurchsichtiges System von Zulagen verschiedenster Art geben soll ? Ist diese Ungerechtigkeit schon mal jemandem aufgefallen ?

Jetzt sollen gemäß Koalitionsvertrag NRW *“alle Lehrkräfte gleich lang und gleich gut ausgebildet”* werden. Aus der gleichen Länge wird dann die gleiche Besoldung abgeleitet, das gute alte Bürokratenprinzip. Der Bologna-Prozess mit Bachelor und Master macht es möglich, und Skeptiker befürchten schon, dass auf diese Weise die Finanzminister die Gymnasiallehrer-Besoldung auf A12 herabsetzen wollen. Aber von gleichen Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit und die Leistungen der Studierenden wird natürlich nicht gesprochen. Insider werden diese Art von Gleichheit wohl verneinen. Wir werden in BW sehen, ob ein ECTS-Leistungspunkt an einer Pädagogischen Hochschule wirklich äquivalent zu einem Leistungspunkt an den (bisherigen, nicht umbenannten) Universitäten sein wird. Lehrreich ist schon jetzt ein Blick in das Modulhandbuch des Bachelor-Studiengangs “Vermittlungswissenschaften” (im Klartext: Grundschullehrerausbildung) an der Universität (bis 1994: PH) Flensburg. Dort kann man staunen, wie wenig Fachausbildung für wie viele Leistungspunkte ausreicht. Um Missverständnisse zu vermeiden: Damit sind nicht die Didaktik-Leistungspunkte gemeint, die gibt es – zu Recht – separat. Auch hier waren es progressive Politiker, die diese Briefkopfreform eingeleitet haben: Die SPD stellte von 1993 bis 2005 die Ministerpräsidentin.

7. Die Schulabschlüsse.

Als Makel des deutschen Schulsystems wird oft empfunden, dass manche Schüler gar keinen Abschluss erreichen, nicht einmal den Hauptschulabschluss.

Das sind bundesweit ca. 7,5 % eines Altersjahrgangs (in BW nur 5,6 %), davon die Hälfte aus den sogenannten Förderschulen, weswegen von progressiven Politikern auch schon gefordert wird, die Förderschulen abzuschaffen, Stichwort: “inklusive Beschulung”. Zyniker könnten vorschlagen, die Krankheiten durch Abschaffung der Krankenhäuser abzuschaffen. Nun haben kluge Köpfe schon darauf hingewiesen, dass dieser Anteil vor Jahrzehnten deutlich höher als 7,5 % lag, was uns eher beruhigen könnte, aber die Hauptfrage bleibt doch: Woran liegt es ? Sind die Anforderungen an einen Hauptschulabschluss so übermäßig hoch, dass sie für den genannten Prozentsatz des Volkes trotz aller Anstrengungen nicht erreichbar sind ? Sind diese Anforderungen nicht von den Kultusministerien genehmigt worden ? Wie konnten die alle so irren ? Über die offensichtlich Behinderten wie die

Blinden, Gehörlosen, Legastheniker etc. braucht man hier wohl nicht zu reden, das kann man halt leider nicht abschaffen. Aber sonst ? Liegt es an mangelnden Anstrengungen, etwa Leistungsverweigerung bzw. Bildungsverweigerung ? Oder liegt es schlicht an mangelnder Intelligenz, also in der Bürokratensprache an "Lernbehinderungen" ? Hatte man nicht die Förderschulen (früher Hilfsschulen oder Sonderschulen genannt) gerade zur Förderung dere Lernbehinderten eingerichtet, in der Behördensprache "Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen", so das Schulgesetz in NRW von 2005 ? Etwa 4,5 % aller Schüler besuchen eine Förderschule. Und es gibt mehr und mehr sog. "nicht beschulbare", weil massiv verhaltensgestörte, Schulkinder. Was wird wohl passieren, wenn die jetzt alle im Zuge der Inklusion in normale Schulklassen kommen ? Die Antwort darauf steht im Koalitionsvertrag 2010 in NRW. Dort wird das ganze Problem per Federstrich beseitigt. Es heißt einfach:

"Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der Eltern möglich."

Ohne weitere Bedingungen ? Was heißt das wohl im Klartext ? Muss man das wirklich noch ausführen ? Polemisch und überspitzt formuliert:

Künftig wird jedem Schüler bereits bei der Einschulung der unterste Schulabschluss (nach Abschaffung der Hauptschule dann womöglich die mittlere Reife) in die Hand gedrückt.

Ob das wohl leistungssteigernd wirkt ? Manche sprechen da schon von *Vollkasko-Mentalität*. Und als die nächste progressive Reform steht dann irgendwann an: *Jedes Gymnasium muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zum Abitur führen*. Wir können Wetten abschließen, wann es soweit ist. Vermutlich nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode. Die Regierung wird stolz verkünden, dass man durch ihr Wirken jetzt mehr qualifizierte Schulabschlüsse habe als je zuvor. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Was wäre wohl von folgenden Forderungen zu halten:

Alle Fahrschulen müssen alle einmal aufgenommenen Fahrschüler zum Führerschein führen. Alle Ausbildungsbetriebe müssen alle einmal aufgenommenen Azubis zum Berufs-Abschluss führen.

Im etwas späteren Koalitionsvertrag 2011 in BW heißt es dagegen abgemildert:

"Wir werden alle Schulen darin unterstützen, alle aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem qualifizierten Abschluss zu führen."

Sollen wir daraus schließen, dass es bisher in BW an dieser Unterstützung gefehlt hat ? Wie konnte die Regierung das zulassen, und warum hat die Opposition das nicht zum Thema gemacht ? Warum war der Anteil derjenigen ohne Abschluss in BW dennoch relativ gering ? Und war es nicht schon immer das erklärte Ziel

jeder Landesregierung in Deutschland, alle Schülerinnen und Schüler zu einem qualifizierten Abschluss zu führen ?

Das Sitzenbleiben soll ebenfalls per Dekret abgeschafft werden, so bereits geschehen in Hamburg und kürzlich angekündigt im neuen Koalitionsvertrag 2013 in Niedersachsen. Auch in BW liebäugelt man offenbar damit. Jetzt fehlt nur noch ein Erlass aus den Kultusministerien, dass die Noten "mangelhaft" und "ungenügend" abgeschafft werden, was jede Debatte über das Sitzenbleiben überflüssig macht. Noch progressivere Leute schlagen vor, gleich die Noten überhaupt abzuschaffen. Und das Schuleschwänzen gibt es ja auch nicht mehr, man spricht jetzt vornehm und verschämt von einer gewissen Schuldistanz, die dann in theoretischen Abhandlungen untersucht und vielleicht zum Thema sozialwissenschaftlicher Dissertationen wird (auch ohne abzuschreiben). Leider scheinen die deutschen Behörden kein Rezept gegen das Schuleschwänzen zu finden. Die Abwesenheit von Schulkindern vom Unterricht wird von den Schulbehörden noch nicht einmal zentral erfasst, ganz im Gegensatz zu der sonstigen bürokratischen Gründlichkeit in unserem Lande. So weiß man gar nicht, welchen Umfang das hat, und man will es wohl auch nicht wissen. Die Schulen werden mit dem Problem allein gelassen. Aus Sicht der Jugendgerichte schildert Kirsten Heisig in ihrem Buch "Das Ende der Geduld" diese Hilflosigkeit.

An keiner Stelle schreiben diese Koalitionsverträge etwas dazu, dass sich Schüler und Studenten auch irgendwie anstrengen müssen, wenn es mehr höhere Bildung für breitere Schichten des Volkes geben soll, und dass das sonst halt nicht geht. Man postuliert einfach mehr höhere Abschlüsse und sieht allein deren steigende Zahl bereits als etwas Gutes an. Eines Tages wird man 90 % eines Jahrgangs auf die Gymnasien schicken, und von denen werden wiederum 90 % an Hochschulen studieren und sollen mindestens einen Bachelor erwerben. Andere progressive Leute fordern schon jetzt, dass jeder Bachelor-Abschluss auch zum Master-Studium berechtigen solle. Im Zuge der weiteren Qualitätsentwicklung wird das Durchfallen bei universitären Prüfungen vielleicht per Dekret abgeschafft werden. Unerwünscht ist es bereits jetzt, weil es die Zahl der Abschlüsse negativ beeinflusst und weil diese Zahl als primäres Qualitätsmerkmal gilt.

Dass aber dadurch das Abitur de facto nicht mehr eine wirkliche Hochschulreife oder Studierfähigkeit beinhaltet oder dass das Niveau dieser Bachelor-Abschlüsse irgendwie sinken könnte, das wird man auf Parteitag, in Ministerien sowie in progressiven Medien tapfer leugnen und nur hinter vorgehaltener Hand zugeben. Jeder, der das öffentlich sagt, wird dann vermutlich als rechts-reaktionär oder als rassistisch oder als Kumpel von Thilo Sarrazin bezeichnet werden, wodurch solche Gedanken aus der offiziellen Politik und der seriösen Presse automatisch verschwinden. Allerdings könnte das am Ende in eine katastrophale Unglaubwürdigkeit münden (so wie manches in der Endzeit der DDR). Das Denken

kann man ja nicht verbieten und auch nicht gleichschalten. Deshalb gibt es die schwache Hoffnung, dass selbst die progressiven Politiker mit dem Schönreden doch irgendwann Schluss machen werden. Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit muss nur erst einmal groß genug werden. Wir sind klar erkennbar auf dem Wege dorthin. Man vergleiche dazu den lesenswerten Beitrag von Harald Martenstein auf der Titelseite des Berliner Tagesspiegel vom 3.7.2011, in dem es heißt:

“Deshalb werden wir, fürchte ich, immer mehr Schulen bekommen, die mit geringem Aufwand fast jeden zu irgendeinem wohlklingenden Abschluss führen, der zu nichts nütze ist.”

Eine logische Konsequenz der Bemühungen, das Gymnasium zu einer Art von neuer Hauptschule zu machen, wäre folgende: Man wird vielleicht eines Tages ein “Gymnasium plus” benötigen als eine Schule von besonders hohem Niveau, die Schüler und Lehrer ausschließlich nach Leistungs-Gesichtspunkten auswählt (was im Bereich des Sports ohnehin selbstverständlich ist), wo man sich also nicht einfach mit purem Elternwillen anmelden kann (hat man je gehört, dass beim Sport der Elternwille irgend etwas besagt ?). Eine neue Exzellenz-Initiative der Bundesregierung könnte das möglich machen. In einem weiteren Schritt könnte man später das jetzige “Gymnasium” in “Gemeinschaftsschule” umbenennen und das “Gymnasium plus” in “Gymnasium”. Damit wäre das Reform-Chaos in einen vorläufig stabilen Zustand überführt, so lange, bis die Standards wieder aufgeweicht werden und alle auf das neue Gymnasium gehen sollen. Dann beginnt die progressive Reform-Spirale von neuem, es sei denn, man folgt dem skeptischen Ansatz im Beitrag von Reinhard Müller auf der Titelseite der FAZ vom 20.7.2011, in dem es heißt: *“Allerdings werden schon in fünf Jahren bis zu zwei Drittel der Schüler aus Einwandererfamilien kommen. Da werden sich manche Bildungsfragen gar nicht mehr stellen.”* Warten wir mal ab, welche Bildungsfragen sich nach einer Legislaturperiode stellen und welche Reformen dann anstehen. An progressiven politischen Forderungen wird es bestimmt nicht mangeln.

Zum Schluss: Im Bereich des Sports könnte eine “progressive” Reform-Forderung wie folgt lauten:

Bei Marathonläufen müssen künftig mehr Läufer auf den vorderen Plätzen landen, und keiner darf mehr Letzter werden. Gleichzeitig wird die Disqualifizierung wegen Überschreitens der Zeitvorgaben als diskriminierend abgeschafft. Wir müssen jeden Läufer mitnehmen, auch die Fußkranken. Das wird ermöglicht durch eine individuelle Förderung jedes einzelnen und durch gemeinsames Trainieren. Die Landesregierung verspricht sich davon mehr Sportgerechtigkeit bei gleichzeitiger höherer Leistungsfähigkeit und besseren Zukunfts-Chancen für alle. Wir haben die richtigen Rezepte und stellen die Weichen für die Zukunft.

Entstehende Ähnlichkeiten mit der progressiven Bildungspolitik sind rein zufällig.